

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Angesichts der stark betonten Schlagwortpropaganda, die wir heute wieder erleben, und wo nahezu alles, was sich an Gegensätzen oder Auseinandersetzungen auf dem weiten Erdenrund abspielt, irgendwie mit der außerordentlich eingängigen Formel «Hie Kommunismus — hie Antikommunismus» erschöpft zu werden pflegt, ist es angebracht, sich gelegentlich etwas der *Geschichte* zuzuwenden. Man wird dann erkennen, daß zwar die laufend zitierte Antithese gewiß vieles für sich hat, daß aber andererseits auf den Feldern der Gegensätze die rein machtpolitischen Elemente mindestens dieselbe Rolle spielen, so wie es schließlich im Laufe der Entwicklung immer gewesen ist. Dies gilt ganz besonders für die Auseinandersetzung im Fernen Osten, deren Zeugen wir, wie so oft in der Periode der jüngeren Geschichte, erneut geworden sind.

Das «*St. Galler Tagblatt*» hat sich die Mühe genommen, die historische Entwicklung insbesondere des Problems Korea in einigen kurzen Strichen aufzuzeichnen. Das Blatt kommt dabei zu einigen einfachen, aber nichtsdestoweniger außerordentlich einleuchtenden Schlußfolgerungen, die wir wie folgt wiedergeben:

«Drei Tatsachen sind es, welche man sich bei einem Versuch der Beurteilung der amerikanischen und sowjetrussischen Ostasienpolitik vor Augen halten muß:

1. Das Erwachen des Nationalismus der asiatischen Völker und deren Feindschaft gegen das Kolonialsystem, — elementare Kräfte, welche sich Moskau bei seinen Aspirationen in Asien nutzbar zu machen versteht.
2. Die historische Entwicklung der asiatischen Völker, welche ganz anders verlief als diejenige der Völker der europäisch-atlantischen Staatenwelt und für welche die kommunistische Lehre noch kein Schreckgespenst ist.
3. Das pazifische Gebiet, mit den Maßstäben des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gemessen, ist heute zum Schauplatz großer imperialistischer Expansionspolitik geworden, in welchem Amerika und die Sowjetunion um die Hegemonie in Ostasien ringen, wobei — historisch gesehen — der diametrale ideologische Gegensatz trotz allem nur im zweiten Rang steht».

Die Darstellung erinnert an die Entwicklung des Problems Korea seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, als die Halbinsel ihre Tore den U.S.A. öffnete, die als erste an der koreanischen Küste Anker warfen und einen Vertrag mit diesem Lande abschlossen. Nach dem Krieg zwischen China und Japan von 1894/95 erhielt Korea die nominelle Unabhängigkeit, und China ist seitdem aus diesem Bereiche

verschwunden. An seiner Stelle erschien Rußland, welches damals die Mandschurei in Besitz genommen hatte. Korea wurde nun zum Spielball zwischen Rußland und Japan, so daß die koreanischen Soldaten bald in der Uniform der russischen Kosaken, bald in solchen der Japaner herumliefen. Seit Ende der Neunzigerjahre investierte Japan beträchtliches Kapital in dem Lande und baute verschiedene Eisenbahnen. Am Hofe von Korea — es war damals Königreich — rangen ständig eine japanische und eine russische Richtung miteinander. Im Herbst 1895 drangen japanische Truppen in das königliche Schloß ein, erschlugen die Königin und die Hofminister, während sich der König in die russische Gesandtschaft flüchtete, wo er feierlich empfangen wurde. Später kam zwischen Rußland und Japan ein Vertrag zustande, der gewissermaßen die Einflußzonen festlegte und die Gebiete bestimmte, in welchen russische, bzw. japanische Truppen stationiert waren. Der König von Korea war inzwischen Kaiser geworden. Er verlieh den Russen, den Amerikanern und verschiedenen europäischen Mächten Konzessionen für den Eisenbahnbau, die Ausnützung der Mineral- und Forstreichtümer. «Der Russe Brunner (!) erhielt gewaltige Holzkonzessionen an den Flüssen Yalu und Tumen, welche diese Gebiete praktisch Rußland auslieferten». Aber auch die folgenden Jahre waren trotz der vertraglichen Regelung durch ein ständiges Ringen zwischen Rußland und Japan um die Macht auf der Halbinsel gekennzeichnet. Größere Teile Koreas, insbesondere der Küstengebiete, wurden abwechselnd von den Japanern und von den Russen besetzt. Endlich riß Japan die Geduld und es stellte Rußland ein Ultimatum für die Räumung der Mandschurei. «Der russische Gesandte in Tokio, Baron Rosen, bemühte sich, die Situation zu retten. Auf seinen Rat schlug Rußland Japan die Teilung Koreas vor. Nordkorea sollte die russische, Südkorea die japanische Einflußsphäre und Mittelkorea ein neutrales Reich als Pufferstaat bilden». Man sieht also, daß der Gedanke der Teilung Koreas nicht erst im Jahre 1947 auftauchte. Die Vermittlungsbemühungen scheiterten aber, weil in Petersburg eine mächtige Kriegspartei am Werk war, in deren Kreisen erklärt wurde, «daß nach der Eroberung Koreas Japan in spätestens zehn Jahren ein russisches Gouvernement würde». So kam es zum russisch-japanischen Krieg von 1904/05. «Trotzdem Serafim von Sarow, der Heilige, dem Zaren prophezeit hatte, daß er den Frieden in Tokio diktieren würde, und Wilhelm II. Nikolai seinen Segen gab, endete der Kampf mit dem Sieg der Japaner». Im Frieden von Portsmouth im September 1905 mußte Rußland auf alle Ansprüche in Korea verzichten, während die Mandschurei in eine nördliche russische und eine südliche japanische Einflußsphäre aufgeteilt wurde, unter — formeller — Anerkennung der Hoheitsrechte Chinas. Der Bericht erinnert daran, daß nach der bolschewistischen Revolution Lenin den feierlichen Verzicht der Sowjetregierung auf alle Eroberungen der Zaren, auf die Ostchinesische Eisenbahn und auf alle Konzessionen aussprach. Seither haben sich, wie man weiß, die Dinge freilich wieder gewandelt. Der Bericht erinnert in der Folge an das schicksalhafte Jahr 1931, als Japan nach dem von ihm provozierten «Zwischenfall von Mukden» seine Truppen von Korea nach der Mandschurei schickte, — eine Maßnahme, gegen welche der Völkerbund ohne Erfolg intervenierte. Am 15. September 1932 kam es zur Gründung des Kaiserreiches Mandschukuo, und damit fiel die Mandschurei in die Hände Japans. Es soll Leute geben, welche dieses Datum als den Beginn des zweiten Weltkrieges bezeichnen, weil diese offensichtliche Aggression reaktionslos hingenommen wurde. Heute ist, wie man weiß, in der Mandschurei an die Stelle Japans die Sowjetunion getreten, welche hinter dem kommunistischen Regime Chinas steht. Korea

aber ist erneut zum Schlachtfeld und zum blutigen Zeugen der Auseinandersetzung zweier Großmächte geworden. Es ist demnach auch hier alles schon dagewesen.

Zweifellos ist die Kenntnis dieser historischen Zusammenhänge für eine richtige und vor allem vernünftige Beurteilung der heutigen Geschehnisse von großem Nutzen. Immerhin hat sich das Bild aus einer entscheidenden Perspektive seitdem in nicht unbeträchtlichem Maße gewandelt: es ist heute nicht mehr möglich, Asien ungestraft dem Spiel des Auf und Ab der Machtpolitik zu unterwerfen. Aus diesem Grunde wird wohl Amerika auf dem koreanischen Schauplatz nach Möglichkeit mehr und mehr zurücktreten und die Angelegenheit in die Hände der UNO legen müssen und wollen, wenn es nicht doch noch zu einer offenen Intervention seitens des kommunistischen China kommt. Aber auch unter dem Szepter der UNO wird die Erreichung einer befriedigenden Regelung mit Schwierigkeiten verbunden sein. Vor allem wird man darauf achten, eine einwandfreie Verwaltung einzurichten, und dabei der Tatsache eingedenk bleiben, daß die Partei Syngman Rhee's bei den Wahlen in Südkorea vom 30. Mai 1950 nur den vierten Teil der Stimmen erringen konnte. Schon damals haben die «New York Times» die herrschende Schicht des Systems Rhee als «parasitär und verdorben», das soziale System «mittelalterlich und unhaltbar», den herrschenden Agrarfeudalismus als «ebenso morsch wie ein Großteil der Politiker korrupt» bezeichnet. Man wird also um eine Agrarreform nicht herumkommen, wenn es nicht so herauskommen soll, wie die «Frankfurter Allgemeine» unlängst schrieb:

«Je tiefer die westlichen Truppen in Ostasien eindringen, um so unerbittlicher würde ihnen der Haß der großen Massen begegnen, wenn sie die alten Zustände wieder herzustellen versuchten».

Und wiederum wird in diesem Zusammenhang viel darauf ankommen, daß man sich nach Möglichkeit die Mitarbeit Nehru's und damit Indiens sichert, wenn es auch bisher die Teilnahme an der Kommission zur Befriedung Koreas abgelehnt hat.

* * *

Man kommt heute gelegentlich nicht um den Eindruck herum, daß *die öffentliche Meinung des Westens* die kommenden Dinge seit dem erfolgreichen Abschluß der Aktion in Korea und insbesondere seit dem Anlaufen der amerikanischen Rüstung und der Rüstungen anderer westlicher Länder in demselben Maße zu optimistisch betrachtet, wie sie in der Zeit der Krise in Korea zu pessimistisch war. Natürlich kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Position des Westens im gesamten ganz beträchtlich gehoben hat, wie es andererseits bestimmt einleuchtend erscheint, gegenüber der russischen Macht mit Beschleunigung die westliche Rüstung auszubauen, in der Überlegung — die hauptsächlich von Präsident Truman und Staatssekretär Acheson wiederholt formuliert wurde —, daß es nur auf diese Weise möglich sein werde, mit den Sowjets eines Tages ins Gespräch zu kommen. Wir glauben, diese Dinge sind sehr selbstverständlich und stehen nicht zur Diskussion. Eine andere Frage ist aber die, ob die Sowjetunion der Intensivierung und dem fortschreitenden Ausbau der Rüstung des Westens einfach tatenlos zusehen wird. In besonderer Weise erhebt sich diese Frage gegenüber dem Problem einer allfällig

kommenden Aufrüstung Westdeutschlands. In ihrer *Note vom 20. Oktober*, welche sie an die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich richtete, brachte die Sowjetregierung zum Schluß diese Formulierung:

«Die Sowjetregierung erklärt, daß sie solche Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens, welche dazu bestimmt sind, die reguläre deutsche Armee in Westdeutschland wieder auferstehen zu lassen, nicht dulden wird».

Hinsichtlich dieser Formulierung gibt es natürlich, das sei eingeräumt, alle möglichen Auslegungen. Vielleicht ist aber die Wendung da und dort doch etwas leicht genommen worden. Natürlich handelt es sich bei dieser russischen Reaktion, ebenso wie bei den Beschlüssen der Konferenz von Prag, in erster Linie um ein Zwischenspiel, welches zur möglichen Sanierung des russischen Prestiges nach der schweren Einbuße in Korea eingeleitet worden ist. Aber mit dieser Überlegung allein läßt sich die Angelegenheit nicht abtun. Vielleicht steckt doch etwas mehr dahinter.

Der frühere amerikanische Vizepräsident *Henry Wallace*, bis zur Auseinandersetzung in Korea bekanntlich ein enragierter Sowjetfreund, erklärte in einem Artikel in der Zeitschrift «*Coronet*»:

«Bis zum Jahre 1948 glaubte ich an einen friedlichen Verständigungswillen der Sowjetunion. Heute bin ich aber fest überzeugt, daß die Sowjetunion eine Fortsetzung des kalten Krieges wünscht und daß sie zum Krieg schreiten wird, sobald sie dazu bereit ist. Die Bedrohung durch Stalin wird größer sein als diejenige Hitlers je gewesen ist».

Nun wird man ohne weiteres hier anfügen dürfen, daß solche Urteile aus dem Munde von Leuten, welche ihre Ansichten derart radikal wechseln, wie es Wallace getan hat, jedenfalls mit aller Vorsicht aufzunehmen sind, — und mit denselben Vorbehalten, die man jeweils ihren früheren gegenteiligen Äußerungen entgegengebracht hat. Im übrigen wäre gegenüber diesem kategorischen Urteil festzuhalten, was der ehemalige Generalstabschef Eisenhowers und spätere amerikanische Botschafter in Moskau, *Bedell Smith*, in seinem eben erschienenen Buche «*Meine drei Jahre in Moskau*» schreibt:

«Allerdings war die Sowjetunion nie bereit, ihren Staat dem Risiko einer Katastrophe auszusetzen. Man kann durchaus annehmen, daß der Kreml sich auch weiterhin von diesem Grundsatz leiten lassen wird...». Die Sowjetregierung werde «... sämtliche Mittel mit Ausnahme des Krieges anwenden, so lange sie der Überzeugung ist, daß der Ausgang eines Krieges zweifelhaft sein könnte...».

Dies sei, so fährt der Botschafter fort, nach dem eigenen Urteil der verantwortlichen Männer der Sowjetunion so lange der Fall, als es ihr nicht gelungen sei, die amerikanische Industrieproduktion einzuholen. Aus diesem Grunde werde denn auch in der Sowjetunion die Industrialisierung in so rücksichtslosem Maße forciert.

Man wird nun gewiß nicht der Ansicht sein, daß für die Sowjetunion die Erreichung eines solchen Zieles in unmittelbarer oder mittelbarer Aussicht stände;

vielmehr mutet eine solche Perspektive angesichts des gewaltigen Industriepotentials der Vereinigten Staaten eher phantastisch an. Und dies gilt zumal heute, wo die U.S.A. ihre Entschlossenheit bekunden, die industrielle Produktion in der Richtung auf den Rüstungsbedarf noch besonders auszubauen und ihrerseits zu forcieren. Die Aussichten für die Sowjetunion sind also in diesem Bereiche sicher außerordentlich gering. Folgt man demnach den Darlegungen des amerikanischen Botschafters, so wird man die Gefahr eines Krieges, wenigstens unter diesen Vorzeichen, zumindest einstweilen als nicht besonders groß betrachten.

Allein das Problem ist damit nicht gelöst. Eine gewisse potentielle Gefährdung der jetzigen Lage, die man gewiß als durchaus labil bezeichnen mag, die aber immerhin zwar den kalten, nicht aber den heißen Krieg bedeutet, liegt vielmehr in der durchaus offenen Frage, ob die Sowjetunion einer wirklichen Aufrüstung des Westens solange zusehen wird, bis die Parität tatsächlich erreicht ist, — und zwar abgesehen für einmal vom Einsatz der Atomwaffe. Sicher ist eine Antwort auf diese Frage schwer zu geben, und es wird nicht so schnell jemand bereit sein, sich auf ein ja oder nein festzulegen. Wie dem auch sei: wenn nichts Unwiderrufliches bis dahin geschieht, so mag der militärische Ausgleich vielleicht in zwei Jahren hergestellt sein. Was aber wird dann geschehen? Werden die Vereinigten Staaten bereit sein, einen großen Teil ihres Potentials dauernd in der unproduktiven Rüstung anzulegen?

Man sieht also, die Perspektiven sind trotz des entschlossenen Willens des gesamten Westens, die Rüstung zu vervollständigen, nicht beruhigend. Das ist ein Gesichtspunkt, der, wie man weiß, insbesondere in maßgebenden Kreisen Frankreichs immer wieder herausgestellt wird. Umsomehr wird man der Hoffnung Ausdruck geben, daß neben der Forcierung der Rüstungen, aber durchaus im gleichen Range mit diesen, die ernste Entschlossenheit zum Einsatz kommt, alles irgendwie Mögliche zu unternehmen, das im Bereiche des Verhandlungsweges liegt, — so wie es Churchill zu wiederholten Malen, aber auch Truman in seinen jüngsten Reden festgelegt hat. Auch auf Seiten des Westens wird man sich dabei klar sein müssen, daß es ohne Kompromisse nicht abgehen kann; aber das ist immer noch besser als das andere.

Die französische Zeitung «*Le Monde*» hat schon vor längerer Zeit Churchills Vorschläge zur Gründung einer europäischen Armee als eine Weiterentwicklung des Schuman-Monnet-Planes bezeichnet, so wie es nun der amtlichen französischen Konzeption zu entsprechen scheint. In diesem Zusammenhang erinnerte die Zeitung bereits am 12. August 1950 daran, daß Churchills Idee zu einer Vereinheitlichung des europäischen Oberkommandos und zur Bildung einer europäischen Armee in der Geschichte einen Präzedenzfall aufweise, nämlich die *Große Armee Napoleons*. Allein mit den Präzedenzfällen ist es so eine Sache: sie halten sich nicht immer in dem Rahmen, der den Wünschen desjenigen entspricht, der sie herbeizitiert.

Jann v. Sprecher

Brief aus Washington

Seit dem Zeitpunkt, da man sich der Notwendigkeit bewußt wurde, Westeuropa aufzurüsten und es mit den Waffen für seine Selbstverteidigung zu versehen, besteht

das Problem der Wiederbewaffnung Deutschlands.

Dabei hat man nie beabsichtigt, auch nur einen Versuch zu machen, den hinter dem eisernen Vorhang bestehenden Mannschaftsbeständen einigermaßen gleichzukommen. Dennoch erfordert die geplante Verteidigung ein bestimmtes Minimum auf die Luftmacht und auf größte Beweglichkeit der Streitkräfte verläßt. Den an ausgebildeten Mannschaften, wie sehr man sich auch auf die neuen Waffen, meisten Militärfachleuten schien es von allem Anfang an selbstverständlich, daß dieses Minimum niemals erreicht werden könne ohne Einbeziehung der deutschen Mannschaftsreserven.

Es gibt jedoch eine ganze Anzahl Schwierigkeiten politischer Art, die dem entgegenstehen. Erstens hat man in weiten Kreisen immer noch das Gefühl, daß das deutsche Volk sich seinen Weg zurück in die Gemeinschaft der demokratischen Völker erarbeiten muß und daß in dieser Hinsicht zwar ein Anfang gemacht worden ist, das Ziel aber noch in weiter Ferne liegt. Ebenso weitverbreitet ist das Unbehagen beim Gedanken an die Wiederankurbelung der deutschen Militärmaschine, während man gleichzeitig versucht, den Geist des Nationalsozialismus auszurotten und den Deutschen die demokratischen Ideale einzuimpfen.

Zweitens haben Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten noch besondere Gründe, sich der Wiederaufrüstung Deutschlands zu widersetzen, von den kleineren Nationen gar nicht zu reden. Sie lassen sich alle zurückführen auf die echte und verständliche Furcht vor dem Wiederaufleben des deutschen Militarismus, auf den Wunsch, die militärische Hilfe der Vereinigten Staaten möge nicht zu mager ausfallen, und auf die Angst vor russischen Vergeltungsmaßnahmen im Falle der Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Überdies hatten die meisten Völker in diesen Ländern während allzu langer Zeit gelernt, die Deutschen zu hassen, als daß man nun von ihnen verlangen könnte, daß sie sie freudig als Waffenbrüder in die Arme schließen.

Drittens zeigt sich ein gewisser Widerwille gegen die Remilitarisierung bei den Westdeutschen selber. Sie spüren deutlich, wie heikel ihre Lage gegenüber der Sowjetunion ist und wie sehr ihr Gebiet verwundbar ist. Es ist deshalb ganz natürlich, wenn sie Sicherheiten fordern, die ihnen Gewähr bieten, daß sie nicht mehr verlieren als sie gewinnen können.

Aus den erwähnten und einigen anderen Gründen wurde die Frage der Wiederaufrüstung Deutschlands lange Zeit gemieden und ihre Lösung aufgeschoben. Nun hat aber die Krise in Korea und der daraus resultierende Entschluß, die Verteidigungsmaßnahmen in Westeuropa möglichst zu beschleunigen, das Deutschlandproblem in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die Urheber des Atlantikpaktess hatten vorher mit einer viel längeren Zeitspanne gerechnet. Jetzt versuchen sie, den freien Völkern Europas bis spätestens 1952 genügende Verteidigungsmaßnahmen sicherzustellen. Neue Pläne sind gemacht worden und der Kongreß der Vereinigten Staaten hat für dieses beschleunigte Programm Milliarden von Dollars bewilligt. Offizielle Kreise in Washington sind aber fest überzeugt, daß ohne Beteiligung Westdeutschlands keiner dieser Pläne vollständig sein kann.

Welches wäre denn genau die Rolle, die Deutschland zugedacht wird? Um eine eindeutige Antwort geben zu können, muß natürlich die weitere Entwicklung der Lage abgewartet werden; aber die allgemeine Einstellung der offiziellen Stellen

in Washington kann immerhin dargelegt werden. In erster Linie hoffen die militärischen Führer, die westlichen Verteidigungspläne derart zu gestalten, daß eine Linie irgendwo östlich des Rheins gehalten werden kann; — wie weit östlich, hängt davon ab, wie rasch und in welchem Umfang die militärischen Möglichkeiten ausgewertet werden können. Um das zu erreichen, werden wahrscheinlich zwischen 30 und 40 Divisionen benötigt. Man darf annehmen, daß ihre Herkunft etwa folgendermaßen berechnet wird: 15 bis 20 aus Frankreich, 5 von Großbritannien, 4 bis 6 aus den Niederlanden und Belgien und 5 bis 10 aus Westdeutschland. Dazu kämen noch größere Kontingente amerikanischer Truppen, die in Europa stationiert werden als Erfüllung des Versprechens, das Präsident Truman neulich gegeben hat. (Zwei oder drei frische amerikanische Divisionen werden wahrscheinlich innerhalb eines Jahres nach Europa geschickt.) Es ist ganz klar, daß Deutschland und Frankreich zusammen die Hauptmannschaftsquellen in Europa sein werden. Ohne Deutschland würde die Verteidigungslinie, die wir zu halten hoffen, bedeutend weiter im Westen liegen, wenn dann überhaupt eine gehalten werden könnte.

Die amerikanische Auffassung in der Frage der deutschen Truppen geht dahin, daß sie unter ihren eigenen Offizieren organisiert würden, daß hingegen die Chargen oberhalb des Divisionskommandos oder vielleicht schon dieses selbst aus den Reihen des westeuropäischen kombinierten Verteidigungskommandos stammen würden. Man würde nicht gestatten, daß ein neuer deutscher Generalstab gebildet wird. Auch eine Luftwaffe käme für die Deutschen nicht in Frage. (Luftunterstützung für die Erdtruppen würde durch die Luftwaffen anderer Völker erfolgen.) Ebenso würden die anderen Völker die notwendige Unterstützung auf anderen Gebieten übernehmen. Kurz: Westdeutschland würde wieder bewaffnet, aber nur als Glied eines Teams mit beschränkter Verantwortung und begrenzten Aufgaben. Vor allem würde man den Deutschen nicht die Möglichkeit geben, wieder einmal ihrem militaristischen Ehrgeiz die Zügel schießen zu lassen.

Unter dem Eindruck der Aggression in Korea und der offensichtlichen Notwendigkeit, die Vorbereitungen zur Verteidigung Westeuropas rasch voranzutreiben, verschwindet in Amerika die Gegnerschaft gegen die eben beschriebene Art der Wiederaufrüstung Deutschlands zu einem guten Teil. Während der kürzlich in New York abgehaltenen Besprechungen ließen sich die britischen Minister zum Standpunkt des Staatssekretärs Acheson bekehren, als er die begrenzte Wiederaufrüstung Westdeutschlands befürwortete. Sie unterstützten ihn sogar gegen die Franzosen, die nicht zu erweichen waren. Schuman war über den im September gemachten Vorschlag der Amerikaner erschrocken. Es muß zugegeben werden, daß die diplomatischen Vorbereitungen für diese Ankündigung ungenügend gewesen waren. Moch, der französische Verteidigungsminister, zeichnet sich durch seine lauten und wortreichen Tiraden gegen jede deutsche Wiederaufrüstung aus.

Man darf den Regierungskreisen in Washington nicht Mangel an Verständnis für den französischen Standpunkt vorwerfen. Jedermann begreift sehr wohl, daß Frankreich allen Grund hat, äußerst vorsichtig zu sein, wenn von Deutschland die Rede ist. Dessen ungeachtet ist man hier überzeugt, daß die Wirklichkeit der Lage Europas gebieterisch fordert, die Deutschen zu bewaffnen und daß schließlich auch Frankreich das einsehen muß. Die amerikanische Regierung beharrt auf ihrer Auffassung, obwohl sie im gegenwärtigen Augenblick nichts erzwingen will. Denn selbst wenn man sich jetzt gleich einigen könnte, würde es mindestens noch sechs Monate dauern, bis das erste Militärmaterial in die Hände deutscher Einheiten gelangen würde. Die offiziellen Stellen in Washington haben deshalb das Gefühl, sie hätten noch eine Gnadenfrist, während der sie alles versuchen werden, die Franzosen zur Einsicht zu bringen.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten wird bald ersucht werden, Frankreich als zusätzliche Hilfe verschiedene hundert Millionen Dollars zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet eine Zugabe zu der bereits mehr als zwei Milliarden betragenden

Summe, die Frankreich ohnehin schon zugesprochen worden ist. Die Wiederbewaffnung der Deutschen stand nicht zur Diskussion bei den Washingtoner Besprechungen, in deren Verlauf die französischen Minister ihre neuen finanziellen Forderungen bekannt gaben. Nun wird man wahrscheinlich die französische Regierung darauf aufmerksam machen, daß ihre Zustimmung zur Verwendung deutscher Truppen die Bewilligung der verlangten Summen durch den Kongreß bedeutend erleichtern und beschleunigen würde. Auch ist es möglich, daß die für Ende Oktober in Washington geplante Zusammenkunft der Vertreter der Atlantikpakt-Mächte dazu beitragen wird, eine Lösung des ganzen Problems im Sinne einer Verständigung zu finden. Auf diese oder eine andere Art erwartet man schließlich, daß die Franzosen am Ende zustimmen werden.

Die amerikanische öffentliche Meinung scheint heute von der Notwendigkeit überzeugt zu sein, die Verteidigung der freien Völker Europas rasch zu verstärken und, in Verbindung damit, den Deutschen eine Wiederbewaffnung zu gestatten. Noch vor Jahresfrist hätte ein solcher Vorschlag fast mit Sicherheit einen Sturm der Entrüstung entfacht und wahrscheinlich ernste politische Erschütterungen zur Folge gehabt. Heute hingegen scheint dieses Vorgehen ganz allgemein als die logische Folge der Entwicklung der Dinge. Die Wiederbewaffnung Deutschlands erscheint als das kleinere Übel im Vergleich zu einem Verzicht auf die genügende Verteidigung Westeuropas.

Richard J. Davis

Brief aus Berlin

Der Briefschreiber gerät in einige Verlegenheit, wenn er nach einem halbjährigen Aufenthalt in Berlin über die Geschehnisse und Erlebnisse kurz berichten soll. Denn es ist ja nicht verwunderlich, daß in dieser Stadt der Gegensätze, wo die feindlichen Welten von West und Ost sich wie nirgends sonst auch rein körperlich nahekommen, jeden Augenblick irgendwelche Spannungen sich entladen. Wie könnte es auch anders sein in einer Stadt, wo man mit den städtischen Verkehrsmitteln regelrecht von einer Welt in die andere fahren kann, von der «Welt relativer Freiheit» in die «Welt totaler Unfreiheit» (wie es Arthur Koestler formulierte). In dieser Richtung allerdings meistens nur «besuchsweise», etwa um sich zu orientieren und zu informieren. In umgekehrter Richtung ist es schon wesentlich anders: die Möglichkeit, mit der Straßenbahn — oder auch unterirdisch mit der U-Bahn — in die «Freiheit» zu fahren, ist zu verlockend, als daß sie nicht laufend von Hunderten täglich ausgenutzt würde. Natürlich kann Westberlin diesem nicht abreißenden Strom von Flüchtigen aus Ostberlin und Ostdeutschland nicht tatenlos zusehen; sonst würde bald der Westen Deutschlands noch unerträglicher überbevölkert und der Osten vielleicht bald einmal entvölkert sein. Wir stehen hier vor einem der menschlich schwierigsten innerdeutschen Probleme, das gerade den Berlinern besonders auf der Seele lastet. Die harte Wirklichkeit fordert ihre Opfer. Es müssen strenge Maßstäbe angelegt werden, und nur jene erhalten Asyl, die wirklich in Gefahr schweben und verfolgt sind. Daß dies oft sehr schwer festzustellen ist, kann nicht verwundern, und so entstehen viele menschliche Tragödien. Aber wer kümmert sich schon um die Einzelschicksale unbekannter, namenloser Menschen im Zeitalter der Massenlager und der Massenvernichtung? Daß die Mär vom Sowjetparadies eben eine Legende ist, das wissen alle, die da sehen wollen, längst. Daß auch der

Westen kein Paradies ist, wissen wir auch. Daß aber auf Tausende, die von Osten nach Westen fliehen, nur einer den umgekehrten Weg geht (und aus was für Gründen?!) — diese Tatsache erübrigt eigentlich alle Diskussion um die Frage, welche der an sich unvollkommenen Welten letztlich doch noch die bessere sei. So ist der unaufhaltsam fließende Menschenstrom von Ost nach West, der sich durch das Loch Berlin im Eisernen Vorhang ergießt, der erschütterndste, aber auch beweiskräftigste Anschauungsunterricht, den man sich heute denken kann.

Wir nannten Berlin die Stadt der Gegensätze

Man könnte auch sagen: der Paradoxien. Nur zwei kleine Beobachtungen. Am «Tag der amerikanischen Streitkräfte» (20. Mai), der in Berlin auf dem Flughafen Tempelhof feierlich begangen wurde, sah man die Berliner Jungens mit den zur Schau aufgestellten amerikanischen Waffen hantieren. Sie wurden dabei «instruiert» von amerikanischen Soldaten und besonders interessierten deutschen Zuschauern! Heute, fünf Monate später, erscheint dieses Begebnis nur noch wie ein Präludium zu der immer lauter ertönenden Remilitarisierungsmusik. Damals war es noch paradox, war doch das Gesetz über die Demilitarisierung gerade ein paar Tage vorher endgültig verabschiedet worden! In Berlin, wo Alliierte und Deutsche durch den sowjetischen Druck besonders eng zusammengedrängt werden, hat man diese ideologisch verbrämten Maßnahmen allerdings schon von jeher nicht sehr ernst genommen. Die rauhen Tatsachen sprachen hier seit je eine andere Sprache. Und die Waffenlosigkeit wird naturgemäß nirgends so stark empfunden wie in dem vom waffenstarrenden Sowjetismus eingekreisten Berlin. Und noch eine zweite Beobachtung: Kurz vor dem denkwürdigen Pfingsttreffen der kommunistischen «Freien deutschen Jugend» beobachtete ich einen langen Güterzug, der gerade in einen Berliner Bahnhof einfuhr. Die sowjetdeutsche Lokomotive trug in weißen Lettern die Aufschrift «Mit Vollampf vorwärts zum Deutschlandtreffen!», und sie zog — fünfzig vollbeladene westdeutsche Güterwagen, die Waren und Lebensmittel nach Berlin brachten! Propaganda und Wirklichkeit: hier liegt die eminente Schwäche der sowjetischen Propaganda. Sie wird immer wieder von der Wirklichkeit, von der sich jeder ostzonale Deutsche relativ leicht jederzeit überzeugen kann, Lügen gestraft.

Kleinere Zwischenfälle gibt es im spannungsgeladenen Berlin jeden Tag, größere jede Woche. Spannung gehört so zur Atmosphäre Berlins, daß man sie gar nicht mehr besonders empfindet. Man gewöhnt sich an sie, wie man sich an veränderten Luftdruck gewöhnen kann — wenn auch nach anfänglichem Unwohlsein meistens. Die Wachsamkeit der Westberliner hat aber durch diesen Dauerzustand keineswegs nachgelassen. Stets alarmbereit sind nicht nur die Polizeimannschaften von Dr. Stumm, sondern auch die Studentenschaften, die immer in der Front stehen, wenn es gilt, irgendeinen Anschlag auf die Freiheit und Integrität Westberlins abzuwehren. Wobei schon einmal das groteske Schauspiel entstanden ist, daß sich schließlich Polizei und Studenten in den Haaren lagen, weil jene eine allerdings verbotene rechtsextreme Versammlung von Remeranhängern vor den ungestümen Angriffen der Studenten schützen wollte. Westberlin befindet sich so eigentlich dauernd in einer Art erhöhtem Alarmzustand, der sich dann von Zeit zu Zeit in «Kriegsaktionen» entlädt. So hatte Berlin im vergangenen Sommer unter anderem seinen Schiffskrieg (Westberlin beantwortete sowjetische Schiffsblokade mit Gegenmaßnahmen, bis die Sowjets zur Vernunft kamen), seinen Polizeikrieg (man schnappte sich plötzlich gegenseitig alle Polizisten weg, deren man habhaft werden konnte, bis man die Sinnlosigkeit solchen Vorgehens einsah); auch der vor einem Jahr ausgebrochene Eisenbahnkrieg ist gelegentlich wieder ausgebrochen. Solche Streitigkeiten werden meistens oder immer von sowjetdeutscher Seite vom Zaune gebrochen, in plumper und primitiver Weise, wobei man sich erst hinterher meist gewahr wird, daß man ja am

kürzeren Hebelarm sitzt. Aus der russischen Niederlage im Blockadekrieg scheinen die deutschen Sowjetschüler nicht viel gelernt zu haben.

So kämpft Westberlin

nach wie vor mit einem Haufen von kleineren und größeren Schwierigkeiten, die oft nur Schikanen, noch öfter aber wirkliche Probleme sind. Nun hat aber Westberlin in seinem Existenzkampf gerade in letzter Zeit vielversprechende Fortschritte machen können. So ist es den zähen Bemühungen vor allem des Oberbürgermeisters Professor Reuter persönlich gelungen, von der deutschen Regierung die Einbeziehung Berlins in den Finanzausgleich der Bundesrepublik zu erreichen. Ein großer Erfolg des Berliner Magistrates ist dabei sicher das Urteil des Bundesfinanzhofes, das den Berliner Etat nach gründlichen Untersuchungen als mustergültig bezeichnete. Alle Legenden von Geldverschwendung in Berlin dürften damit endgültig widerlegt sein. Das finanzielle Hauptproblem dürfte durch diese Einbeziehung Berlins in den Finanzhaushalt der Deutschen Bundesrepublik gelöst sein. Kurz darauf ist auch die politische Lage der Inselstadt in grundlegender Weise geklärt und gestärkt worden: durch Beschluß der New Yorker Konferenz der westlichen Außenminister ist mit der Bundesrepublik zusammen auch Westberlin in die alliierte Sicherheitsgarantie einbezogen worden. Mit Recht sehen die Berliner in dieser bedingungslosen Garantie die Krönung ihres jahrelangen Abwehrkampfes gegen den sowjetischen Imperialismus. Gewiß ist es noch kein ideales Sicherheitsgefühl für den Berliner, zu wissen, daß seine Stadt gegebenenfalls Casus belli für einen dritten Weltkrieg werden könnte. Aber man will ja diesen Weltkrieg gerade dadurch verhindern, daß sich die noch freie Welt immer enger zusammenschließt. Erst jetzt ist der Vorposten Berlin klar und eindeutig in die westliche Schicksalsgemeinschaft aufgenommen worden.

Auch innenpolitisch sind bedeutsame Veränderungen vor sich gegangen. Am 1. Oktober ist die neue Verfassung in Kraft getreten, durch welche Berlin zu einem Stadtstaat wird gleich Bremen und Hamburg. Durch diese neue Verfassung — die erste, die sich die Bürger Berlins in der mehr als 700jährigen Geschichte der Stadt selbst gaben — wird das staatsrechtliche Vakuum ausgefüllt, das durch die Auflösung des preußischen Staates entstanden war. Durch diese neue staatsrechtliche Stellung ist nun auch die juristische Voraussetzung geschaffen für den ersehnten Anschluß der Stadt an die Bundesrepublik als zwölftes Land. Am selben 1. Oktober ist die «Deutsche Industrieausstellung 1950» feierlich eröffnet worden. Damit will Berlin auch auf wirtschaftlichem Gebiet dokumentieren, daß es eine wesentliche Funktion im deutschen Leben erfüllen kann und will. Diese große Ausstellung ist nur durch ein wahres Aufbauwunder möglich geworden: innerhalb dreier Monate sind in ununterbrochenen Tages- und Nachtschichten am Funkturm sechs neue Messehallen entstanden, so daß jetzt eine Ausstellungsfläche von 40 000 qm zur Verfügung steht. Bereits fünf Wochen vor Beginn der Ausstellung war jeder qm vergeben. Es haben so viele Ausländer ihren Besuch angemeldet, daß man ruhig behaupten kann, Berlin sei in diesen Oktobertagen zu einem Treffpunkt der Wirtschaftswelt geworden. In der unter stärkster ideologischer Spannung stehenden Atmosphäre Berlins wird jede Demonstration westlichen Schaffens und Wirkens *eo ipso* zu einer eminent politischen Demonstration. Das zeigte sich beim «Kongreß für kulturelle Freiheit», der Ende Juni in Berlin tagte und über den hier ausführlich berichtet wurde, und es wird auch bei der Industrieausstellung nicht anders sein. Viele Menschen aus der Ostzone sehen sich diese Industrieschau an, und sie werden vielsagende Vergleiche ziehen können. Mit grimmigem, aber ohnmächtigem Haß müssen die sowjetischen Machthaber dieser «Gegenpropaganda», die nichts anderes ist als die Wirklichkeit selbst, zusehen.

Trotz diesem großartigen Aufschwung Berlins bis zur Organisation einer deutschen Industrieausstellung kann man die

ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten

der isolierten Stadt nicht übersehen. Ende Juni betrug die Industrieproduktion der Stadt erst 30 % derjenigen von 1936, während Westdeutschland bereits 105 % des Standes von 1936 produziert! Der Export ist seit Herbst 1949 zwar gestiegen, betrug aber im Juni 1950 erst 1,5 % des gesamtdeutschen Exportes, gegen 4 % im Jahre 1936. Trotz aller Maßnahmen zur wirtschaftlichen Belebung stieg die Zahl der Arbeitslosen von 178 000 Menschen Ende Juni 1949 auf 309 000 im Februar 1950. Durch besonders arbeitsintensive Notstandsarbeiten, die größtenteils durch Marshallplangelder finanziert wurden, gelang es, die Zahl bis Ende Juni 1950 auf 270 000 herabzudrücken. Ende Juli war die Zahl aber schon wieder auf 287 000 Menschen gestiegen. Eine radikale Lösung des Arbeitslosenproblems wird in Berlin wohl solange nicht gelingen können, als die Stadt nicht wieder Hauptstadt Deutschlands geworden ist. Erst durch die damit verbundene Übernahme von Dienstleistungsfunktionen könnte eine entscheidende Wandlung eintreten. Hauptstädte mit ihrem ausgedehnten Verwaltungs- und Regierungsapparat haben eben ihre besondere soziale Struktur. Und diese kann sich nicht von heute auf morgen radikal veränderten Verhältnissen anpassen. So gibt es in Berlin viele Tausende von Rentnern, Pensionären und arbeitslosen kaufmännisch Gebildeten, die aus dem «Nachlaß» der ehemaligen Reichshauptstadt stammen. Heute belasten sie den Berliner Haushalt, obschon sie folgerichtig von Gesamtdeutschland unterhalten werden müßten.

So sind gerade die Soziallasten der Stadt nach wie vor unverhältnismäßig groß. Von den Gesamtausgaben des Finanzjahres 1950/51, die auf 1575 Mio veranschlagt sind, entfallen allein 125 Mio DM unter die Rubrik «Allgemeine Kriegsfolgekosten» (Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge etc.), 200 Mio auf Arbeitslosenunterstützung und über 200 Mio auf Sozialwesen und Jugendfürsorge; weitere 70 Mio entfallen auf Finanzierung von Notstandsarbeiten und Minderung von Währungshärten. (Alle diese Angaben verdanken wir einer Schrift über die Wirtschaft Westberlins von Professor Rudolf Meimberg.)

Daß der Westberliner trotz dieser ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Belastungen nicht im Alltag untergeht, sondern seine eigentliche Funktion als Glied der «Westlichen Welt» mit großer Energie weiterhin ausübt, das muß ihm hoch angerechnet werden. Und diese Funktion heißt ganz einfach: Ausnutzung aller durch die Lage Berlins gegebenen Möglichkeiten für den unerbittlichen Kampf gegen den sowjetischen Totalitarismus und seine ostzonale Terrorherrschaft. Längst ist Westberlin auf vielen Fronten zum Gegenangriff übergegangen. Ein Versuch, Westberlin eines Tages mit Tausenden von «Friedenspartisanen» und Unterschriftensammlern (für die Ächtung der Atombombe) zu überschwemmen, wurde durch die spontane Abwehr der Bevölkerung im Keime erstickt. Auch die Aktionen Westberlins gegen den Wahlbetrug vom 15. Oktober, vor allem die Erforschung der wahren Volksmeinung in Ostberlin durch Stimmabgabe im Westen, zeigen denselben offensiven Kampfgeist. Zwei Organisationen wären hier vor allem zu nennen, wenn wir eine Heerschau der im antikommunistischen Sinne tätigen Kräfte abhalten wollten: die «Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit» und der «Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen der Sowjetzone». Viel wäre zu berichten über die interessante und erfolgreiche, aber auch gefährliche Arbeit dieser kämpferischen Organisationen. Immer länger werden die Listen von Regierungsleuten und Beamten der Ostzone, die zu gegebener Zeit zur Rechenschaft gezogen werden sollen: wegen Freiheitsberaubung, wegen Amtsunterschlagung, wegen Rechtsbeugung und — immer wieder — wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Man wird für diese kommenden Prozesse das Recht nicht noch suchen oder schaffen müssen, wie es in Nürnberg der Fall war. Die Rechtsgrundlagen sind da, nach welchen geurteilt werden muß. Um so größer muß der Eindruck bei den Betroffenen sein.

Walther Hojer

Brief aus Italien

Schöne Frauen, Aprilwetter und romanische Völker haben etwas gemeinsam: die Unberechenbarkeit. Die gegenwärtige

innerpolitische Lage Italiens

liefert den schlagendsten Beweis dafür. Nicht nur die Linkspresse, sondern auch die Auguren des bürgerlichen Lagers orakelten den ganzen Sommer hindurch von der drohenden «battaglia di settembre», womit vor allem die schon lange fälligen Verhandlungen der Spitzenverbände der Arbeitgeber- und -nehmerschaft gemeint waren. Und siehe da, was geschah? Die Herren Verbandspräsidenten Costa, di Vittorio, Pastore usw. betreiben seit einigen Wochen in Rom ein zwar zähes, doch nach fairen Sportsregeln geführtes Tauziehen über Lohnerhöhungs- und Entlassungsfragen, daß man nicht umhin kann, sie von helvetischen Kompromißbazillen infiziert zu halten. Zweifellos hat Arbeitsminister Marazza ein großes persönliches Verdienst um dieses sittsame Verhandlungsgebaren, das einer Konfirmandinnenklasse alle Ehre machen würde, hierzulande jedoch ein sehr willkommenes Novum darstellt. Andererseits scheint in beiden Lagern Bereitschaft zum Entgegenkommen zu bestehen. Die Löhne und Saläre dürften im Industriesektor um ungefähr 5 % heraufgesetzt werden, wobei vor allem höhere Angestellte und Spezialisten besser salarisiert werden sollen, nachdem sie durch die jahrelangen gleichmäßigen Aufbesserungen für alle Lohnklassen sich prozentual schlechter stellten als in der Vorkriegszeit. Weit schwieriger war das Problem einer befriedigenden Lösung der Entlassungsmöglichkeiten, die eine unaufschiebbare Voraussetzung für die Sanierung der notleidenden großen Industriekonzerne im Norden sind, ganz besonders der in der IRI, der staatlichen Holdinggesellschaft, zusammengefaßten Großunternehmungen, die den italienischen Steuerzahler seit Jahren mit ihrer Defizitwirtschaft schwer belasten. Diese glücklicherweise nicht sehr zahlreichen Anfänge verstaatlichter Industrie haben im übrigen genügt, um weitere Nationalisierungsabsichten im Keime zu ersticken. Daß sich die Arbeiter dieser defizitären Konzerne der metallurgischen Branche, die unter dem Faschismus eine ganz ungesunde Aufblähung erfuhr, nach Kräften gegen die Entlassungsmöglichkeiten wehren, solange der Arbeitsmarkt immer noch mit ca. 11½ Millionen Arbeitslosen belastet ist, liegt auf der Hand. Möglicherweise wird die nun anlaufende Wiederaufrüstung der Atlantikpaktmächte für dieses große Menschenreservoir Verwendung finden, um so mehr als die industriellen Produktionsmöglichkeiten Italiens noch lange nicht voll ausgeschöpft sind.

Gegen die gesamthaft betrachtet ruhige innere Lage sticht allerdings der Landarbeiterstreik Norditaliens mit bedrohlichen Auswüchsen unangenehm ab, doch dürfte er aller Voraussicht nach bald liquidiert werden und keine Ausdehnung in andere Gebiete erfahren. Eine Sonderagitation ging vom Richterstand aus, der dadurch eine finanzielle Besserstellung erzwang. Unruhe herrscht auch unter den Eisenbahnern, doch scheint in diesem Sektor durch Verhandlungen ein Kompromiß näher gerückt zu sein. Bei all' diesen Auseinandersetzungen gewerkschaftlich-finanziellen Charakters fällt übrigens eine gewisse politische Entgiftung auf. Solange die kommunistisch geleitete C.G.I.L. alleiniger Verhandlungspartner war, waren politische Streike an der Tagesordnung. Seitdem sich die «Libera Confederazione del Lavoro» unter Pastore eingeschaltet hat, ist es anders geworden. Nicht als ob diese nichtkommunistischen Verhandlungspartner etwa bescheidenere Forderungen stellen würden. Im Gegenteil! Aus Konkurrenz gegenüber den Herren der äußersten Linken müssen sie ihren Gefolgsleuten durch massive Verlangen imponieren, aber der Ton hat sich geändert, wie die Römer Verhandlungen zeigten.

Nachdem in Kalabrien nun die ersten Landabtretungen an die Landarbeiter

auf legaler Basis erfolgt sind, womit das gigantische Meliorationsprogramm für den Süden aus der langjährigen Studiums- in die Realisationsphase übergetreten ist, dürfte jene jahrtausendalte soziale Schwäre endlich der Heilung entgegensehen. Vor einigen Wochen wurde der Verwaltungsrat der «Cassa del Mezzogiorno», jener kürzlich gegründeten Verwaltungs- und Planungszentrale über die Sanierung Süditaliens, ausschließlich aus Vertretern des Südens bestellt, denen die hohe, aber nicht leichte Aufgabe gestellt wird, in zehn Jahren die 1000-Milliarden-Lire-Gabe des italienischen Volkes im rückständigen «mezzogiorno» so nutzbringend als möglich zu verwenden. Eines steht schon jetzt fest: keine italienische Regierung seit der Gründung des Königreiches vor 90 Jahren hat sich des Südens so intensiv angenommen wie die gegenwärtige unter Ministerpräsident De Gasperi, dessen politisches Format mit jedem Jahre seines Wirkens wächst.

Die relativ günstige Lage im innenpolitischen Sektor wurde zweifelsohne durch zwei wichtige Faktoren mitbestimmt: wir meinen die nun von jedermann deutlich wahrnehmbare

Wirkung der Marshallhilfe,

die Italien bisher mit Gütern im Werte von über 764 Millionen Dollars versah. Für das dritte Jahr sind weitere 207 Millionen Dollar vorgesehen. Die im ganzen Lande entstehenden Häuser, Brücken, Bahnhöfe, Fabriken mit dem E.R.P.-Wappen beweisen auch dem Ungläubigsten, daß die verlästerten amerikanischen «Monopolkapitalisten» es mit den Italienern allermindestens so gut meinen wie die lieben Genossen aus dem Osten, die sich ihre Weizenlieferungen recht teuer bezahlen lassen. Von nicht geringerem Einfluß ist natürlich auch hierzulande das militärische Revirement auf dem koreanischen Kriegsschauplatz gewesen, das der oppositionellen Linken eben so viel Propagandawasser abgrub als es auf die Mühlen der westlich orientierten Mehrheit leitete. Der Italiener ist ja recht hellhörig in politischen Dingen; das nach dem 25. Juni vielerorts ins Wanken gelangte Vertrauen in sich selbst und in die Atlantikgemeinschaft hat sich wieder weitgehend befestigt. Die geplante Wiederaufrüstung wird nicht als nutzlose Geste gewertet. Um die vom Friedensvertrag zugelassenen 12 Divisionen kriegstüchtig zu machen, hat Italien ein auf drei Jahre verteiltes zusätzliches Wehrbudget von 150 Milliarden Lire genehmigt, wobei es natürlich wie die andern europäischen Atlantikpartner auf amerikanische Aufrüstungsbeiträge hofft. Die Idee einer Atlantikarmee wird hier von der Mehrheit durchaus begrüßt, schon weil dadurch die Gleichberechtigung Italiens augenfällig dokumentiert würde. Im Flottensektor hat diese Zusammenarbeit übrigens bereits Gestalt angenommen. An den kürzlich stattgefundenen Mittelmeermanövern nahmen neben amerikanischen, britischen und französischen Einheiten auch einige italienische Kriegsschiffe teil, die nach geschlagener Schlacht den Engländern in Malta einen Höflichkeitsbesuch abstatteten! Hätte man noch 1944 etwas derartiges prophezeit, wäre man zum allermindesten der dementia praecox bezichtigt worden.

Am Außenministertreffen in Amerika trat Italien durch Außenminister Graf Sforza erneut für eine verstärkte europäische «Integration» ein, worin Deutschland auf politischem und militärischen Gebiete nicht fehlen darf. Man bringt hier der französischen Reluktanz wenig Verständnis entgegen, da man die Gefahr aus dem Osten als viel gegenwärtiger und bedrohlicher ansieht als das Risiko, das mit einer beschränkten und kontrollierten Wiederbewaffnung Deutschlands gewiß verbunden ist.

Vermerkt sei noch die Stimmungsbesserung auf der Ebene der *Triestiner Frage*. Möglicherweise reift in Verhandlungen bereits ein Einigungsabkommen heran; auf alle Fälle hat die Hetzkampagne diesseits und jenseits des Karst aufgehört. Der kürzliche Besuch des Außenhandelsministers Lombardo an der Laibacher Messe mit anschließendem Besuch bei Marschall Tito sei als Symbol gebesserter Beziehungen erwähnt.

Im Wirtschaftssektor

haben die Folgen der Korea-Affäre ebenfalls eine deutliche Wendung zum Bessern gebracht. Während noch im Frühsommer vielerorts eine bedrohliche Stagnation herrschte, ist unterdessen auf manchen Gebieten aus dem «buyer's market» wieder ein typischer «seller's market» mit all' seinen bekannten Symptomen geworden. Durch die Preiserhöhungen vieler Rohstoffe und die in Aussicht stehenden Lohn-erhöhungen haben sich die Lebenskosten deutlich erhöht, um so mehr als nun auch die Mietpreise langsam der neuen Währungslage angepaßt werden. Zwar war die Produktion schon im ersten Semester wesentlich höher als in der gleichen Vor-jahrsperiode (ca. 11,5 %), doch scheint stark auf Lager gearbeitet worden zu sein, war doch der Absatz am Inlandmarkt stagnierend, und der Export ging in den ersten sieben Monaten von 674 Millionen Dollars 1949 auf 636 im laufenden Jahre zurück. Noch stärker war übrigens die Schrumpfung auf der Importseite: von 992 auf 864 Mio Dollars. Mengemäßig dürfte allerdings die Kontraktion wesentlich geringer gewesen sein, lagen doch die Preise in der ersten Jahreshälfte wesentlich tiefer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Durch das in der Zwischenzeit erfolgte Preisrevirement und die allgemeine wirtschaftliche Belebung werden die Import- und Exportstatistiken im zweiten Semester gewiß ganz anders aussehen. Einer ganz besondern Belebung erfreut sich die Automobilherstellung.

Durch das inzwischen unter Dach gebrachte intereuropäische Zahlungs-abkommen haben sich die Exportchancen Italiens weiterhin kräftig gebessert. Mit Deutschland wurde in der Berichtszeit ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen, der ein Handelsvolumen von je 140 Mio Dollars auf der Einfuhr- und Ausfuhrseite vor-sieht (12 % des gesamten italienischen Außenhandelsvolumens), wodurch West-deutschland wieder an die Spitze der Kunden und Lieferanten Italiens treten dürfte. Mit Dänemark, Norwegen und Schweden sind Verhandlungen im Gange, ebenso mit der Schweiz, die nun die schon längst fällige Aufhebung der Kompensationsgeschäfte bringen wird. Als Weichwährungsland ist Italien auch dem Sterlingblock als wich-tiger Lieferant genehm, während im Außenhandel mit den Vereinigten Staaten der Import die Exporte immer noch um das Fünffache übertrifft. Die in Aussicht ge-stellten weitem Liberalisierungen im innereuropäischen Handel werden auch Italien zugutekommen, das infolge seiner vielen «non-essentials» mindestens so stark wie die Schweiz auf den freien Welthandel angewiesen ist.

Die Gold- und Hartwährungsreserven Italiens werden gegenwärtig auf ca. 550 Mio Dollars geschätzt (ca. 350 Milliarden Lire), was bei einem Papiergeld-umlauf von ca. 1000 Mia Liren eine Deckung von ungefähr 35 % bedeutet. Ange-sichts der katastrophalen Finanzlage am Kriegsende bedeutet diese Zahl eine er-staunliche Sanierung innerhalb eines Jahrfrünfts. Es ist deshalb nicht verwunder-lich, daß der Kursstand der Lira seit Monaten merkwürdig stabil ist (ca. sfr. 0.65 pro 100 lire) und nur 3—4 % unter den offiziellen Kursnotierungen liegt.

Die dieser Währungserholung zu Grunde liegende konservative Finanzpolitik, die von den Exportkreisen schon lange angefeindet wird, bildete den Grund zu einem pikanten diplomatischen Intermezzo, das vor einigen Wochen ziemlich Staub auf-wirbelte: Mr. Dayton, der Nachfolger Zellerbachs als E.C.A.-Delegierter in Italien, kritisierte in einem Presseinterview die italienische Finanzpolitik nach Noten. Der temperamentvolle Amerikaner warf den verantwortlichen Kreisen im Finanzmini-sterium vor, sie hätten durch allzu vorsichtiges Vorgehen in ihrer Investitionspolitik die Arbeitslosenzahl ungebührlich hochgehalten. Ein solcher Tadel war natürlich für die Linksoption ein gemähtes Wieslein. Durch Intervention De Gasperis und Paul Hoffmans, der kurz nach dem Betriebsunfall auf seiner «fare-well»-Visite Rom besuchte, wurde die entstandene Spannung beigelegt, doch auch dem neutralen Be-obachter will scheinen, als hätte Mr. Dayton nicht so Unrecht gehabt.

Wie schon Mussolini mit seinem starren Festhalten an der «Quota 90» (dem

damaligen Kurs des englischen Pfundes), hat auch die gegenwärtige Regierung mit ihrer einseitigen Konzentration auf Äufnung der Gold- und Dollarreserven wirtschaftliche Expansionsmöglichkeiten versperrt. Heute müssen die italienischen Fabriken Wolle, Kautschuk, Metalle zu wesentlich teureren Preisen als vor einem Vierteljahre kaufen. Wäre die Einfuhrpolitik in der Vergangenheit liberaler gewesen, so hätte Italien heute zweifelsohne eine kleinere Golddeckung, dafür größere Warenvorräte zu billigeren Preisen, die es ihm ermöglichten, auf den Weltmärkten mit jenen Ländern zu konkurrieren, die durch eine weitsichtigere Handelspolitik in einer Vorzugsstellung sind. Wir denken da vor allem an die Schweiz. Vielleicht bringt diese Lage nun endlich jene in Rom immer noch grassierende Autarkie-mentalität mit entsprechender Importabneigung zum Erliegen.

Die *Börse* macht seit einigen Wochen in erfreulicher Hausse. Der Totalindex hob sich seit dem Sommer von ca. 1300 auf 1500 (Vorkriegsindex = 100) und Kenner sehen eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung voraus. Bei aller Anerkennung der dadurch zum Ausdruck kommenden wirklichen Erholung sei nicht vergessen, daß eine leichte Inflation mitspielt.

Der *Tourismus* hat nach einem kleinen Schwächeanfall am 25. Juni wieder kräftig eingesetzt. Man rechnet für das ganze Jahr mit 5 Millionen Fremden, wovon 3 Millionen Pilger. Damit sind die besten Vorkriegszeiten erreicht worden. In das allgemeine Lob über den italienischen Wiederaufbau fließt allerdings manches Wort der Kritik über die hohen Preise.

Peregrinus

Brief aus Österreich

Die Propheten, die nach dem absolut unbefriedigenden Abschluß der Frühjahrs-saison des österreichischen Parlaments einen recht stürmischen Herbst prophezeit hatten, sollten schon früher als sie selbst dies für möglich gehalten hatten, die Bestätigung ihrer Voraussagen erhalten. Schon im Sommer, noch knapp bevor in Österreich alles auf Urlaub geht, begannen die Bauern höhere Getreidepreise zu fordern. Zunächst stießen sie damit bei den Sozialisten noch auf völlig taube Ohren, doch verstanden es ihre Vertreter, diese Forderungen in den Schoß der Regierung zu tragen, wo dann der Landwirtschaftsminister und der Bundeskanzler selbst dafür Sorge trugen, daß die Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwand. Wie dies allein in Österreich üblich ist, wurde nun zwischen den Regierungsparteien, den verschiedenen Wirtschaftskammern und dem Gewerkschaftsbund wochenlang hinter verschlossenen Türen verhandelt und schließlich Ende September ein Kompromiß bekanntgegeben. Danach hatten die Bauern ihre verlangten höheren Getreidepreise teilweise bewilligt erhalten, weil ja schließlich auch die Gewerkschaften einsehen mußten, daß kein Landwirt zum Anbau von Weizen oder Roggen gezwungen werden kann. Stellenweise waren die Bauern schon dazu übergegangen, ihr Getreide an die russischen Aufkäufer, die mehr als das Doppelte der offiziellen Preise bezahlten, abzugeben oder sie begannen damit, ihren Roggen zu verfüttern. Gleichzeitig zwang die Herabsetzung der Marshallplanhilfe zur Aufgabe der Stützung des Kohlen- und Zuckerpreises. So kam es also gerade bei den wichtigsten Nahrungsmitteln wie Brot und Zucker zu empfindlichen Preiserhöhungen, die allesamt um 20 % lagen. Die erhöhten Kohlenpreise wieder verteuerten den Strom und führten zu Preissteigerungen bei so gut wie allen Waren, die mit Hilfe von Kohle produziert werden.

Die große Überraschung: der Westen rebelliert.

Für all' diese Preiserhöhungen wurde den Arbeitnehmern mit einem monatlichen Einkommen bis zu 1000 Schilling ein Lohnzuschlag von 100 S gewährt und an Hand von sehr oberflächlichen Berechnungen erklärt, daß damit die Preissteigerungen «voll abgegolten» seien. Allerdings hatten die bisherigen drei Lohn-Preisabkommen noch immer eine schwere Belastung für die Bevölkerung bedeutet und das Mißtrauen war daher von Anfang an schon sehr groß, zumal, ja die Gewerkschaftsführer immer wieder erklärt hatten, eine Besserstellung der Arbeiter und Angestellten sei nicht durch Lohnerhöhungen, sondern nur durch Preissenkungen zu erzielen.

Noch bevor der Ministerrat das 4. Lohn-Preisabkommen beschlossen hatte, kam es in Wien zu den ersten organisierten Unruhen. Hunderte von Lastwagen brachten zahlreiche Arbeiter der russischen USIA-Betriebe nach der Hauptstadt, wo sie die Polizeiketten durchbrachen und in die innere Stadt eindringen. Stundenlang war das Bundeskanzleramt belagert und der Straßenbahnverkehr unterbrochen, doch waren dies kommunistische Aktionen, die auf Ostösterreich beschränkt blieben.

Erst am zweiten Tag kamen bedrohliche Nachrichten aus der amerikanischen Zone, wo es vor allem in Oberösterreich zu spontanen Proteststreiks nahezu der gesamten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei gekommen war. Die Kommunisten, welche die Empörung der Arbeiter auch hier ausnützten, veranstalteten einen Marsch zur Linzer Arbeiterkammer, wo der dortige Präsident für «abgesetzt» erklärt wurde und ein Streikkomitee die Führung übernahm. Auch das Rathaus wurde von den Demonstranten besetzt und manchmal schien es, als ob sogar die Elektrizitätsversorgung unterbrochen werden würde, wodurch praktisch der Generalstreik herbeigeführt worden wäre. Diese Situation dauerte einige Tage an und änderte sich erst, als sich zeigte, daß die Kommunisten es nicht nur auf eine Lohnverbesserung abgesehen hatten. Auch in der Steiermark streikten zahlreiche Betriebe, darunter die Alpine Montan in Donawitz, die zu den größten Werken des Landes zählt.

Die Kommunisten, die von der Entwicklung in Westösterreich völlig überrascht worden waren, sahen jetzt eine Chance, die Regierung zur Zurücknahme ihrer Verfügungen zu zwingen und stellten ihr durch eine «gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz» ein befristetes Ultimatum, nach dessen Ablauf sie den Generalstreik ausriefen. Da aber ihre Pläne, die letztlich auf den Sturz der Regierung abzielten, von der Arbeiterschaft durchschaut wurden, blieb ihrer Aktion ein allgemeiner Erfolg versagt, indem der Streik sich nicht einmal in Ostösterreich durchsetzen konnte, trotzdem er dort von der russischen Besatzungsmacht ziemlich unverhüllt unterstützt wurde. Stellenweise wurde den Kommunisten auch von den Arbeitern Widerstand geleistet, die das gewaltsame Eindringen von Terrortrupps in die Fabriken verhinderten. Nach zwei Tagen schon brach der kommunistische Generalstreiksversuch völlig zusammen.

Koalition — nicht sehr fest.

Allerdings ist damit hinsichtlich des 4. Lohn-Preisabkommens nicht das letzte Wort gesprochen. Die Erbitterung über die neuerliche Senkung der Reallöhne ist allgemein und hat zu zahlreichen Protestresolutionen selbst im sozialistischen Lager geführt. Es ist also möglich, daß noch nachträglich eine Verbesserung des Abkommens erreicht wird. Im übrigen wird sowohl die Führung der Sozialistischen Partei als auch die des Gewerkschaftsbundes noch viel Kritik über sich ergehen lassen müssen und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der linke Flügel innerhalb der SPO eine Verstärkung erfahren hat, die wohl zu einer Versteifung der Haltung gegenüber dem bürgerlichen Koalitionspartner führen wird. In Westösterreich haben aber die Sozialisten durch ihre schwankende Haltung während der Streik-

tage viel an Ansehen verloren und auch dem Gewerkschaftsbund wird seine Geheimnistuerei durch zahlreiche Austritte vergolten.

Selbst die Volkspartei blieb durch die Ereignisse der letzten Wochen nicht verschont. Während der kritischen Tage verhielt sie sich völlig ruhig, aber jetzt beginnen die Sozialisten doch einige Rechnungen zu präsentieren: die Forderung nach einem Antikartellgesetz und nach Überprüfung der in Österreich unglaublich hohen Handelsspannen, wodurch zu den immer noch schwebenden Problemen bereits neue hinzukommen. Man wird auch sehen, ob die lange Reihe der Korruptionsaffären, die mit der Absetzung und Verhaftung des Generaldirektors der Linzer Stahlwerke, Dr. Richter-Brohm, begann, dann zur Aufdeckung eines riesigen Geheimkontos des Direktors der gleichfalls verstaatlichten Grazer Simmering-Pauker A.-G. im Ausland führte, und schließlich die Verurteilung eines früheren Abgeordneten der Volkspartei wegen Preiswuchers zeitigte, wirklich ihr Ende gefunden hat. Schon mehren sich die Angriffe gegen den Exminister Dr. Krauland; — das Präsidium der Volkspartei hat dazu eine sehr vorsichtige Stellungnahme bezogen, welche die Annahme zuläßt, daß auch dieser Mann, der durch fünf Jahre das gesamte deutsche Eigentum in Westösterreich verwaltete, bald im Mittelpunkt eines großen Skandals stehen wird.

Die Unabhängigen als letzte der politischen Parteien haben scheinbar jetzt ihr Gleichgewicht wiedergefunden. Der im Sommer vollzogene Ausschluß des früheren Fliegergenerals Gordon Gollob ist schon bald darauf wieder aufgehoben worden, da er unweigerlich zur Spaltung des VdU geführt hätte. Bei dem erst kürzlich stattgefundenen Parteikongreß wurde der bisherige Vorsitzende, Dr. Kraus, wiedergewählt. Trotzdem diese rechtsgerichtete Bewegung durch die letzten Ereignisse in Westösterreich zweifellos an Boden gewonnen hat, ist mit ihrem Eintritt in die Regierung wohl kaum zu rechnen, solange das gegenwärtige Besatzungsregime andauert.

Gottseidank fielen diese aufregenden politischen Ereignisse alle erst in die letzten Septembertage, so daß also der

Fremdenverkehr

dadurch nicht mehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Nimmt man sich die Mühe, die jetzt bekannt gewordenen Abschlußziffern der beendeten Sommersaison einer Betrachtung zu unterziehen, so läßt sich feststellen, daß es Österreich in diesem Jahr gelungen ist, seinen Auslandsbesuch zu verdreifachen. Die nicht immer eingehaltenen Hotelpreise, die aber immer noch mit so gut wie allen Ländern konkurrieren konnten, boten zusammen mit der vielfachen Schönheit des Landes einen starken Anziehungspunkt für ganz Europa. Am stärksten waren heuer merkwürdigerweise die Engländer (mit über 450 000 Übernachtungen) vertreten. Aber schon an zweiter Stelle rangiert die Schweiz mit über 393 000 Übernachtungen, wobei besonders die Gruppenreisen einen noch nie erreichten Umfang angenommen haben. Auf Grund der Meldungen der Schweizer Reisebüros waren 70 % der dort getätigten Geschäfte Österreichreisen. In der kommenden Wintersaison wird übrigens die Abschaffung des Visums zwischen beiden Staaten erst voll zur Auswirkung kommen. An dritter und vierter Stelle der ausländischen Besucher standen Italien mit über 369 000 und Deutschland mit über 355 000 Übernachtungen, wobei zu bemerken ist, daß die mangelnde Devisenzuteilung immer noch einen Massenzustrom deutscher Touristen verhindert. Sollten sich aber die Verhältnisse weiter konsolidieren, dann darf im nächsten Jahr mit einem starken Ansteigen des Auslandsbesuches — auch aus den nordischen Ländern — gerechnet werden. Der Fremdenverkehr ist also über Nacht zu einer bedeutenden Einnahmequelle für Staat und Volk geworden; aber es ist noch nicht ganz sicher, ob dies auch in Zukunft so bleiben wird, nachdem eben die Preisdisziplin der österreichischen Hotellerie schon heuer sehr zu wünschen übrig ließ.

Militärische Umschau

Widersprüche in der neuen Truppenordnung

Der Bundesrat hat am 10. Oktober den Entwurf einer neuen Truppenordnung und die entsprechende Botschaft an die eidgenössischen Räte genehmigt. Nach langen Vorarbeiten liegt der offizielle Entwurf jetzt vor, um zunächst von den Militärkommissionen der Räte behandelt zu werden. Während die Botschaft für die Truppenordnung 1947 noch einen Umfang von 257 Seiten aufwies, begnügt sich die neue Botschaft mit 42 Druckseiten¹⁾. Die zahlreichen Sollbestandestabellen mit ihren Angaben über Mann und Pferd, Waffen und Transportmitteln jedes Stabes und jeder Einheit sind mit Recht weggelassen worden. Mit diesen Details soll sich die Bundesversammlung in Zukunft nicht mehr befassen; sie soll sich auf die großen Linien der Armeeeorganisation beschränken. Gemäß Artikel 9 des Entwurfes wird die Festlegung der Sollbestandestabellen dem Bundesrat überlassen. Dies ermöglicht die ständige Anpassung an neue Waffen, Geräte und Transportmittel und erleichtert gleichzeitig die Geheimhaltung organisatorischer Details.

Schwächung der Feldarmee

Die neue Truppenordnung wird vor allem mit einer durch Geburtenrückgang verursachten *Bestandeskrise* begründet, die sich in den nächsten Jahren erheblich verschärfen und über ungefähr 15 Jahre erstrecken wird. Gleichzeitig sollen Mannschaftsreserven bereitgestellt werden, indem die für die wirtschaftliche Landesverteidigung unentbehrlichen Arbeitskräfte (Aktivdienst-Dispensierte) in ihren Einheiten als Überzählige zusätzlich eingeteilt werden, so daß ihre Dispensation, im Falle einer allgemeinen Kriegsmobilmachung, die Einheiten nicht schwächt. Diese Bestimmung ist von großer Bedeutung. Bei der nach 1940 erfolgten Überdimensionierung der Armee hätte eine weitere Generalmobilmachung das gesamte Wirtschaftsleben des Landes lahmgelegt. Die erwähnte Bestandeskrise und die Ausscheidung einer zusätzlichen Mannschaftsreserve zwingen zu einschneidenden Reduktionen der Bestände der Stäbe und Einheiten, teilweise sogar zur Auflösung bisheriger Truppenteile.

Im Gegensatz hiezu steht die Schaffung einer neuen Truppengattung, der *Luftschutztruppe*, die in Zukunft aus diensttauglichen Wehrmännern gebildet werden soll (S. 12—14). Aus anderen Truppengattungen sollen rund 1800 Offiziere und Unteroffiziere zur neuen Luftschutztruppe versetzt und umgeschult werden (S. 35). Die Zahl der Soldaten wird nicht genannt, dürfte aber im Verhältnis zur Zahl der Offiziere und Unteroffiziere etwa 8—10 000 betragen. Dazu kommen zahlreiche hilfsdienstpflichtige Kader und Mannschaften der heutigen Luftschutzorganisationen, die in die neue Luftschutztruppe übernommen werden. Die Rekrutierung soll aber in Zukunft den Ersatz für die gesamte Luftschutztruppe durch voll diensttaugliche Rekruten sicherstellen. Es werden somit erheblich mehr diensttaugliche und dienstpflichtige Wehrmänner für den Luftschutz abgezweigt, als der Bestand einer kriegsstarken Division. Kann diese Maßnahme, angesichts der Bestandeskrise und der Notwendigkeit einer zusätzlichen Mannschaftsreserve für die Wirtschaft, noch verantwortet werden? Wäre es nicht zweckmäßiger, die Luftschutzorganisationen auf anderer Grundlage zu reorganisieren? Die meisten Luftschutzformationen sind ortsgebundene Verbände, die zum Schutze zum voraus

¹⁾ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Organisation des Heeres (Truppenordnung) vom 10. Oktober 1950. (Bundesblatt 1950, III, S. 112.)

bestimmter, wichtiger Ortschaften verwendet werden sollen (S. 26). Zur Lösung von Räumungs- und Bergungsarbeiten wird ihre Ausbildung in mancher Beziehung derjenigen der Sappeure angeglichen werden müssen. Infolgedessen werden die Luftschutztruppen, sofern es die Lage erfordert, auch zu beliebigen anderen Bau- oder Räumungsarbeiten herangezogen werden können (S. 14). Wäre für solche Aufgaben nicht die Heranziehung von Hilfsdienst-Bauformationen unter Verwendung ziviler Bauunternehmungen denkbar, wie sie auf S. 22 der Botschaft skizziert sind?

«Durch die vorgesehene, im Einvernehmen mit dem Baugewerbe vorbereitete Kombination der zivilen Unternehmungen mit den Hilfsdienstbauformationen dürfte ein besseres Arbeitsergebnis erzielt werden, als es nach bisheriger Ordnung zu erwarten war».

Auch in den Feuerwehrcorps unserer Städte und Dörfer sind viele Hilfsdienstpflichtige eingeteilt. Ließe sich die Reorganisation des Luftschutzes nicht in einer Verbindung von HD-Bauformationen und Kriegsfeuerwehren suchen, damit der Armee und ihren Kampfaufgaben nicht viele Tausende diensttauglicher Soldaten weggenommen werden?

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Die neue Truppenordnung erhebt die drei *Leichten Brigaden* in den Rang von Heereseinheiten.

«Nach der neuen Organisation der Leichten Truppen unterscheiden sie sich hinsichtlich Kampfkraft und operativer Bedeutung kaum mehr von den Gebirgsbrigaden. Beide Verbände umfassen zwei Regimenter und Brigadetruppen» (S. 27).

Diese Behauptung trifft nur für die Kampftruppen der Infanterie bzw. der Leichten Truppen zu, die in Gebirgs- und Leichten Brigaden ungefähr gleich stark sind. Die Neuorganisation von 1948 hat die Leichten Brigaden auch mit allen notwendigen Hilfstruppen ausgestattet: mit Artillerie und Fliegerabwehr, mit Sappeuren, Funkern, Sanität, Verpflegungstruppen, Transportkolonne, Reparaturkompagnie und Feldpost. Der Entwurf sieht sogar vor, die Flab-Abteilungen der Leichten Brigaden durch eine dritte Batterie zu verstärken (S. 21). Aber der Vergleich einer Leichten Brigade mit einer Heereseinheit hinkt doch, sobald die Zuteilung an Artillerie und das Verhältnis von Artillerie zu den übrigen Kampftruppen berücksichtigt wird²⁾. Die Gebirgsbrigade zählt auf zwei Infanterieregimenter zu sechs Bataillonen drei Art.-Abteilungen zu neun Batterien und 36 Geschützen, pro Bataillon somit sechs Geschütze. In der Leichten Brigade zu zwei Regimentern und sechs Bataillonen ist dagegen eine einzige Art.-Abteilung zu drei Batterien mit zwölf Kanonen 7,5 cm vorhanden, pro Bataillon somit ganze zwei Kanonen. Darf man einen Verband, der eine einzige Kanonenabteilung aufweist, als Heereseinheit bezeichnen? Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und eine Artillerie-Abteilung macht aus einer Leichten Brigade noch keine Heereseinheit. Die Leichten Brigaden sind im Rahmen unserer Armee

«dank ihrer Beweglichkeit in erster Linie eine schnelle Eingreifreserve der höheren Führung. Im Rahmen dieser allgemeinen Zweckbestimmungen fallen ihnen insbesondere folgende Aufgaben zu: Einsatz gegen einen Gegner, der unsere Front durchbrochen hat, sei es im Sinne eines überraschenden Gegen-

²⁾ Siehe Militärische Umschau, Septemberheft 1948, S. 386.

stoßes, sei es zur Abriegelung weiteren feindlichen Vorgehens; Einsatz gegen Luftlandtruppen und Fallschirmjäger; Inbesitznahme eines wichtigen Punktes oder Raumes vor dem Gegner oder Einsatz gegen einen noch nicht organisierten Feind»³⁾.

Das sind Aufgaben, die leichte Kampftruppen allein nicht bewältigen können. Hierfür benötigen sie Artillerie, und zwar mehr wie eine Abteilung und ein größeres Kaliber als 7,5 cm. Gleich dem Kommandanten einer Gebirgsbrigade sollte der Kommandant einer Leichten Brigade über drei Abteilungen verfügen. Nur dann kann er beispielsweise zwei Abteilungen den beiden Regimentern direkt unterstellen und mit der dritten Abteilung ein artilleristisches Schwergewicht bilden.

Der Chef des EMD hat allerdings am 3. Oktober die Ausrüstung der Artillerie der Leichten Brigaden und der Gebirgsbrigaden mit der Haubitze 10,5 cm der Feldartillerie in Aussicht gestellt. Aber ebenso dringend ist die *Vermehrung der Artillerie* der Leichten Brigade, sonst ist ihre Bezeichnung als Heereseinheit eine Illusion.

Quosque tandem...?

Eine der brennendsten Fragen unserer Landesverteidigung ist die *Panzerfrage*. Über die kaum mehr bestrittene Notwendigkeit, auch in unserer Armee eine Panzertruppe einzuführen, unterrichten berufene Fachleute in der Septemhernummer der «*Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift*» in vortrefflicher Weise⁴⁾. Wie der Chef des EMD am 3. Oktober mitteilte, möchte die LVK jeder Heereseinheit eine Panzerabteilung zuteilen, um der Truppe in Abwehr und Gegenstoß den nötigen Rückhalt im Kampfe gegen gegnerische Panzer zu bieten. Die schweizerische Industrie soll zur Eigenfabrikation in Lizenz bereit sein und ein Betrag von mindestens 400 Mio zur Einführung von Panzern soll im Rüstungsprogramm 1951/55 enthalten sein. In der Botschaft sucht man aber vergeblich nach der vorgesehenen organisatorischen Lösung und stellt mit Befremden fest, daß für die Truppenordnung 1951 ein Panzerproblem noch nicht zu bestehen scheint. Der Bundesrat sagt zwar auf S. 11 der Botschaft, mit der neuen Truppenordnung werde

«ein Instrument geschaffen, das sich für den Einsatz im Mittelland und im Zentralraum eignet und uns eine taktisch aktive Kampfführung gestattet, die außer der Verteidigung eines in die Tiefe gestaffelten Systems von Stützpunkten auch geplante Ausweichbewegungen und örtliche Angriffe mit beschränktem Ziele umfaßt».

Trotz vorgesehenem Einsatz im Mittelland findet man aber nur die Bemerkung, die Einführung der Panzer sei erst nach Vollzug der neuen Truppenordnung zu erwarten, so daß sie in den neuen Sollbestandstabellen zunächst noch nicht berücksichtigt werden könnten (S. 7). Die Aufstellung dieser Tabellen ist aber nicht die wichtigste Aufgabe der Truppenordnung. Damit kann man ruhig zuwarten, bis die Panzer da sind, und man die Truppe aufstellen kann. Dagegen sollte die neue Truppenordnung, die für längere Zeit den organisatorischen Rahmen unserer Armee bildet, die Schaffung einer Panzertruppe und die Zuteilung an die Heereseinheiten vorsehen. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Aufstellung der Panzertruppe notgedrungen auf Kosten der Kavallerie erfolgen muß. Der Bundesrat schreibt diesbezüglich:

³⁾ Botschaft vom 2. Juli 1948 über die Abänderung der Truppenordnung. BBl. 48 II 841, speziell S. 842.

⁴⁾ Auszugsweise wiedergegeben in der NZZ Nr. 2119.

«Die Dragonerabteilungen sollen bis auf weiteres ebenfalls beibehalten werden. Es wird später zu entscheiden sein, ob sie bei Einführung neuer Waffen noch aufrecht zu erhalten sind» (S. 19).

Infolge der Verzögerung des Entscheides bleibt die teure Waffe bestehen, bis sie von der noch teureren Panzerwaffe abgelöst wird. Bis zu diesem Zeitpunkt werden immer noch Remonten angekauft, akklimatisiert, zugeritten und an Dragoner abgegeben, und es werden immer noch jährlich ein paar hundert berittene Dragoner-Rekruten ausgebildet. Bei der Aufhebung der Dragonerabteilungen in 4—6 Jahren besitzen dann rund 5000 Dragoner ein gutes Pferd, dessen Beschaffung die Eidgenossenschaft teuer zu stehen kam, für das aber die Armee keine Verwendung mehr haben wird. Wäre es nicht zweckmäßiger, für den Übergang der Kavallerie zur Panzertruppe die gleiche Lösung zu wählen wie für den Übergang der Scheinwerferkompagnien zur Bestimmung feindlicher Flieger durch Radar?

«Um bis zur Einführung dieser Geräte die vorhandenen, wenn auch wenig wirksamen Scheinwerfer noch ausnützen zu können, sollen die bestehenden Fliegerabwehr-Scheinwerferkompagnien nicht sofort aufgelöst werden, sondern während einer gewissen Übergangszeit als solche bestehen bleiben. Sie sollen aber keinen Nachwuchs an Rekruten mehr erhalten» (S. 21).

Eine ähnliche Lösung wäre ohne Schwierigkeiten auch bei der Kavallerie möglich. Infolge des 1948 nicht restlos durchgeführten Abbaues weisen die meisten Schwadronen starke Bestände auf, die bisher stets noch durch Rekrutenzuwachs verstärkt wurden, ohne entsprechenden Abgang in den höheren Altersklassen. Auch ohne Rekrutennachwuchs bleiben diese Bestände noch während einiger Jahre erhalten, um dann nur ganz allmählich abzunehmen. Der Verzicht auf die Ausbildung berittener Dragonerrekruten und auf die Remontierung älterer Dragoner, die aus irgend einem Grund ihr Pferd verlieren, würde den Abbau des Remontendepots ermöglichen und das Militärbudget erheblich entlasten. Das Rekrutenkontingent der Kavallerie aber könnte schon vom nächsten Jahr an für die künftige Panzertruppe vorbereitet werden. Für die Ausbildung stehen vorläufig die Panzerjäger G 13 zur Verfügung, in 1—2 Jahren vielleicht Versuchsmodelle. Bei der Einführung von Panzern in 4—6 Jahren würden hierfür bereits 4—6 Jahrgänge zur Verfügung stehen, die lediglich vom Panzerjäger G 13 mit festem Aufbau auf ein Panzermodell mit Drehturm umgeschult werden müßten. Organisatorisch könnten die ausgebildeten Rekruten in Depotkompagnien eingeteilt und in die WK der Panzerjägerkp. einberufen werden.

Da sich die LVK für die Einführung von Panzern entschieden hat, sollten jetzt schon in der Truppenordnung und bei der Rekrutenausbildung die nötigen Vorbereitungen getroffen werden. Die weitere Abgabe von Dragonerpferden für eine zur Auflösung vorbestimmte Truppe und die Aufrechterhaltung des Kavallerie-Remontendepots im bisherigen Umfang lassen sich unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf den gewaltigen Finanzbedarf der Aufrüstung nicht länger vertreten. Unsere zur Zeit im wesentlichen vollbeschäftigte Wirtschaft (siehe Artikel von Dr. Rösch, NZZ Nr. 2062) wird infolge zusätzlicher Rüstungsaufträge bald einen empfindlichen Mangel an Arbeitskräften aufweisen, so daß das Personal der Militärpferdeanstalt — dies ist die neue Benennung des Depots — ohne Schwierigkeit andere Erwerbsmöglichkeiten finden könnte. Die eidgenössischen Räte werden auch in dieser Frage einen Entscheid fällen müssen.

Miles